

# Windräder 2017? Die Null steht

RP genehmigte im vergangenen Jahr mangels Nachfrage keine Anlage · Ertragsflaute nach Neuregelung

Die Kleine Bartlfedermas stand der Absicht der Stadt Stadtallendorf, auf dem Hopfenberg einen Windpark zu bauen, jahrelang im Wege. Jetzt ist ein anderes Problem aufgetaucht.

von Matthias Mayer

**Stadtallendorf.** Bürgermeister Christian Somogyi nutzte den Besuch von Dr. Christoph Ullrich in der Stadt (die OP berichtete), um dem Regierungspräsidenten das Projekt vorzustellen.

Auf einer 90 Hektar großen Fläche unweit des großen Windparks Speckswinkel-Erksdorf wolle die Stadt mit ihren Kooperationspartnern einen Windpark erstellen, dessen Wertschöpfung in der Region bleiben solle. Dafür sei eine genossenschaftliche Lösung geplant, die es den Bürgern ermögliche, sich an dem Windpark zu beteiligen, sagte der Bürgermeister.

Das Gelände bestehe aus vielen kleinen Parzellen mit unterschiedlichen Grundeigentümern. Es sei geplant, bei der Verteilung der Pachtelöse alle Eigentümer gleichzustellen. Die Eigentümer von Flächen für die Aufstellungsplätze der Windräder sollten nicht allein von den Erlösen profitieren, so Christian Somogyi.

Der Bürgermeister kündigte an, dass die Planungsunterlagen für die Genehmigung bis zum Sommer vorliegen werden. Genehmigungsbehörde für Windparks ist das Regierungspräsidium in Gießen, dessen Chef Dr. Christoph Ullrich ist.

Dieser sprach gar nicht erst Genehmigungshindernisse wie



Betonelmente für Windrad-Türme stehen auf Schwertransportern im Rauschenberger Stadtwald. Stadtallendorf möchte mit seinen Partnern auf dem Hopfenberg einen Windpark bauen – wenn das Vorhaben wirtschaftlich ist.

Archivfoto: Matthias Mayer

die Kleine Bartlfedermas an, sondern ein ganz anderes Thema: Ob sich die Stadt schon mal mit der Ertragssituation infolge der neuen Einspeisevergütung befasst habe und nannte in diesem Zusammenhang einen bemerkenswerten Fakt: 2017 hat das Regierungspräsidium Gießen nicht ein Windrad genehmigt – weil kein Projekt zur Genehmigung eingereicht wurde.

Seit 2017 können die Projektierer und Investoren von Windrädern nicht mehr mit festen

Einspeisevergütungen rechnen. Sie müssen sich an Ausschreibungsverfahren beteiligen, die – so der Regierungspräsident – „schwache Ergebnisse“ brachten.

Ein Insider sprach gegenüber dieser Zeitung von Ausschreibungsergebnissen mit niedrigsten Einspeisevergütungen pro Kilowattstunde, mit denen niemand ein Windrad wirtschaftlich bauen und betreiben könne.

Dr. Christoph Ullrich berichtete von dem Boomjahr 2016

mit zahllosen Genehmigungsverfahren. Die Projektierer hätten versucht, sich mit einer Baugenehmigung bis Ende 2016 die festen Einspeisevergütungen zu sichern. Selbst im Zeitraum „zwischen den Jahren“ habe seine Behörde noch Genehmigungen erteilt. In diesem Jahr seien vereinzelt Genehmigungsunterlagen für Windparks beim RP eingegangen. Jetzt gehe es nicht mehr um Windräder mit einer Nabenhöhe von 140 Metern, sondern von 160 Metern, erklärte der Regierungspräsident.

Stadtallendorfs Bauamtsleiter Klaus Hütten sagte, dass sich die Industrie mit leistungsstärkeren Maschinen auf die verschlechterte Ertragssituation eingestellt habe. Diese neue Technik solle auf dem Hopfenberg eingesetzt werden.

Die Wirtschaftlichkeit müsse gegeben sein, sagte Bürgermeister Christian Somogyi. Die Stadtverordnetenvorsteherin Ilona Schaub mahnte in diesem Zusammenhang eindringlich eine umfassende Wirtschaftlichkeitsberechnung an.